



Chur, den 12.08.2020

Bündner Komitee «NEIN zum missratenen Jagdgesetz» gegründet

Am 27. September entscheidet auch die Bündner Stimmbevölkerung über das revidierte Jagdgesetz. Jetzt haben sich PolitikerInnen aus Kantonsparlament und dem Nationalrat mit Förstern, Jägern, Landwirtinnen und Naturschützerinnen zu einer ungewöhnlichen Allianz zusammengeschlossen. Gemeinsam kämpfen 17 Personen in Graubünden gegen das Abschussgesetz.

In Graubünden verursachen die hohen Wildbestände massive Schäden im Wald und in der Landwirtschaft. Gut 60 Prozent der Wälder erfüllen eine Schutzfunktion und bewahren uns und die Infrastruktur vor Naturgefahren. Heute müssen Försterinnen und Förster mit millionenschweren Schutzmassnahmen Jungbäume vor dem übermässigen Wildverbiss schützen, mit Tausenden von Plastikhüllen, Gittern und Zäunen. «Das ökologische Gleichgewicht zwischen Wild und Wald ist aus dem Lot und gefährdet den Schutzwald. Der artenreiche Bergwald steht auf dem Spiel. Nur ein Nein zum Jagdgesetz schont Wald und Wolf», sagt Martin Kreiliger, Forstingenieur und Geschäftsführer des Bergwaldprojektes.

Ausserdem werden mit dem revidierten Jagdgesetz Konflikte im Umgang mit Wildtieren zunehmen, denn: Statt die Handhabung mit geschützten Arten zu präzisieren, erhalten die Kantone weitreichende Kompetenzen in der Auslegung der verpfuschten Gesetzesarbeit. Die Schweiz wird damit für geschützte Wildtiere zu einem Flickenteppich: Sobald sie eine Kantonsgrenze überschreiten, gilt ein anderes Regime. Für das Bündner Komitee Jagdgesetz NEIN ist das Abschussgesetz ein inakzeptabler Rückschritt beim Artenschutz: Während eine Anzahl gefährdeter Tiere weiterhin jagdbar bleiben, sollen geschützte Tierarten neu abgeschossen werden können, bevor überhaupt ein Schaden entstanden ist. Armando Lenz, Co-Präsident des Nein-Komitees und Geschäftsführer Pro Natura Graubünden: «Die Schweiz muss ein Ort sein, wo bedrohte Arten geschützt sind. Wir können nicht zulassen, dass Tiere getötet werden, nur weil sie hier sind und potenziell Schaden anrichten könnten».

Schweizweit stellt sich eine breite Koalition aus Parteien, Natur- und Umweltschutzorganisationen, Jagd und Forst gegen den massiven Abbau beim Artenschutz im neuen Jagdgesetz. Über dieses stimmt das Schweizer Stimmvolk am 27. September 2020 ab.

Box:

Jagdgesetz: Kleine Revision hätte genügt

Am 19. März 2014 reichte der Bündner Ständerat Stefan Engler seine Motion «Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung» ein. SR Engler sagte dazu: «Dabei stehen Massnahmen zur Regulierung eines Wolfsbestandes im Vordergrund bei Tieren, die sich an ausreichend geschützte Herden oder Weiden wagen oder das scheue Verhalten gegenüber dem Menschen zu verlieren beginnen.» Eine kleine und gezielte Revision von Artikel 7 des JSG hätte genügt, um die Motion zu erfüllen.

Organisationen wie Pro Natura oder WWF unterstützten von Beginn weg Englers Absichten. Aus dem geplanten Wolfs-Kompromiss ergab sich jedoch ein «generelles Abschussgesetz».

Die Sorgen der Bergbauern können und müssen ernst genommen werden. Nur: diese Chance wurde mit dem Jagdgesetz verpasst. Die Chance kann nach einem Nein am 27. September 2020 wieder aufgenommen werden.

Biber

Foto: Michaela Walch

Legende: Auch der Biber könnte zum Abschuss freigegeben werden.

Wolf

Foto: Peter Dettling

Legende: Der Wolf soll geschossen werden können, ohne dass er Schaden anrichtet – nur weil es ihn gibt.

Kontakt:

Bündner Komitee Jagdgesetz Nein, c/o Pro Natura Graubünden, Ottostrasse 25, 7000 Chur,
Tel. 081 253 56 44,
Email pronatura-gr@pronatura.ch

Werfen Sie einen Blick auf:

www.jagdgesetz-nein.ch und www.jagdgesetz-nein.ch/regionale-komitees/graubuenden/

@JagdgesetzNein #JagdgesetzNein #Abschussgesetz

Anhang:

Liste des Komitees